

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 622

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf., — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Mittwoch, den 6. Dezember 1916.

23. Jahrg.

Der neue Rechtszustand.

Von Gustav Bauer.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist geschaffen, um für die Herstellung von Waffen und Munition zur Verteidigung des Landes gegen einen übermächtigen Feind die erforderlichen Arbeitskräfte freizubekommen. Es ist natürlich nicht möglich, jede andere Tätigkeit einzustellen. Zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens müssen auch andere nicht minder wichtige Arbeiten verrichtet werden.

Durch Zusammenlegung von Betrieben, die nicht voll beschäftigt und Schließung von Betrieben, die während des Krieges entbehrlich sind, wird es aber möglich sein, zahlreiche Arbeitskräfte frei zu bekommen. Ferner sollen die Angehörigen der Stände, die bisher eine geregelte nützliche Arbeit nicht verrichtet haben, zur Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. Wenn solche Leute sich auch zur Arbeit in einer Waffen- und Munitionsfabrik nicht oft eignen werden, so können sie doch sehr wohl zu Bureau- und ähnlichen Arbeiten, öffentlichem Wachtendienst usw., ganz gut verwendet werden.

Was ist „vaterländischer Hilfsdienst“?

Jede Tätigkeit, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen in der Landwirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in Kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, gilt als „vaterländischer Hilfsdienst“.

Die Regierung hat anerkannt, daß u. a. auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft notwendig sind. Es ist also nicht zu befürchten, daß den Gewerkschaften, die zur Aufrechterhaltung der Organisationen erforderlichen Kräfte entzogen werden.

Das Kriegsamt kann nachprüfen, ob die in einem kriegswirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Personen wirklich alle gebraucht werden. Damit soll verhindert werden, daß sich Leute damit vor der Arbeit drücken, daß ein besserer Unternehmer sie als bei sich beschäftigt anmeldet, während die in Wirklichkeit keinen Finger krumm machen. Ueber die Frage, ob ein Beruf oder ein Betrieb für Zwecke der Kriegführung oder Volksernährung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung ist und ob die Zahl der dort beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheiden Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos gebildet werden.

Wie sind die Ausschüsse zusammengesetzt?

Aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Wer mit der Entscheidung eines Ausschusses nicht zufrieden ist, kann Beschwerde an eine beim Kriegsamt (Kriegsministerium) einzureichende Zentralstelle einlegen.

Wer ist hilfsdienstpflichtig?

Alle männlichen Deutschen, soweit sie nicht beim Heere sind, befinden, vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre ohne Unterschied des Standes und des Berufes. Für Frauen und Mädchen besteht also keine Arbeitspflicht.

Wie erfolgt die Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst?

Zunächst soll jeder hilfsdienstpflichtige, der nicht bereits in einem den Zwecken des vaterländischen Hilfsdienstes dienenden Betrieb oder Beruf tätig ist, sich eine ihm zuzugewandte Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst suchen. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes werden öffentliche Aufforderungen zur freiwilligen Meldung erlassen werden. Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, so kann der einzelne hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen werden, der für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist. Dieser Ausschuss besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Wer von diesem Ausschuss die schriftliche Aufforderung zur Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst erhalten hat, ist verpflichtet, sich innerhalb zwei Wochen bei den öffentlichen Vermittlungsstellen Arbeit zu suchen. Geschieht das nicht, dann kann der Ausschuss ihm eine Beschäftigung anweisen.

Bei dieser Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit, sowie auf die bisherige Tätigkeit des hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Er-

beitslohn den Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.

Wer der Meinung ist, daß er nicht zu arbeiten braucht, oder nicht arbeiten kann, hat das Recht, sich über die Heranziehung zur Arbeit durch den Ausschuss zu beschweren. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der bereits erwähnte Ausschuss bei dem Stellvertretenden Generalkommando.

Arbeiter werden einen solchen Streit wohl kaum zu führen haben, weil sie sich der Arbeit nicht entziehen, sondern froh sind, wenn sie eine lohnende Beschäftigung finden.

Diesemigen, die freiwillig zur Arbeit gehen, können sich aber auch einen Arbeitsplatz selbst suchen, der ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht.

Wie steht es mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes?

Der hilfsdienstpflichtige darf nicht ohne weiteres aus dem Betriebe, in dem er beschäftigt ist, herauslaufen. Er braucht, wenn er eine andere Beschäftigung übernehmen will, einen Abhehrschein. In der Metallindustrie Groß-Berlins besteht eine solche Einrichtung seit länger als Jahresfrist auf Grund freier Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer. Jetzt wird dieser Zustand für das ganze Reich herbeigeführt. Weigert ein Unternehmer sich, einem Arbeiter oder Angestellten den Abhehrschein auszustellen, dann kann der Betreffende Beschwerde an einen Ausschuss einlegen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts, als Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte hilfsdienstpflichtige angehört. Erkennt der Ausschuss nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.

Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten.

Wer ohne Abhehrschein seine Arbeit verläßt, darf zwei Wochen lang von keinem anderen Unternehmer eingestellt werden.

Die Bewegungsfreiheit der Arbeiter ist also erheblich eingeschränkt, nicht aber ist es ihnen unmöglich gemacht, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Zunächst muß einem jeden hilfsdienstpflichtigen der Abhehrschein gegeben werden, wenn er eine besser bezahlte Arbeit bekommen kann. Dann aber werden durch das Gesetz Einrichtungen geschaffen zum

Schutz der berechtigten Interessen der Arbeitnehmer.

Es sind dies:

A. Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

In allen dem vaterländischen Hilfsdienst dienenden Betrieben, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen.

Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134 h der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundwahlen der Verhältniswahl gewählt. Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde.

In Betrieben mit mehr als fünfzig Angestellten im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes sind für diese

Angestellten Angestelltenausschüsse zu errichten, die dieselben Befugnisse haben wie die Arbeiterausschüsse.

Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse haben die Wünsche und Forderungen der Arbeiter oder Angestellten dem Unternehmer zu unterbreiten und mit ihm zu verhandeln. Der Unternehmer ist zur Verhandlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses ein solches Verlangen stellt.

Für die landwirtschaftlichen und die Eisenbahnbetriebe brauchen Arbeiterausschüsse nicht gewählt zu werden, weil sie dem Titel VII der Gewerbeordnung nicht unterstehen.

B. Schlichtungsstellen.

Kommt bei

Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen

eine Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschuss nicht zustande, so kann der zur Entscheidung über die Gewährung des Abhehrscheins gebildete Ausschuss als Schlichtungsstelle angerufen werden. Er besteht aus je drei Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber sowie einem Beauftragten der Militärbehörde als Vorsitzenden. Auf gemeinsamen Wunsch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann auch ein Gewerbegericht oder ein Berggewerbegericht oder ein Kaufmannsgericht oder ein Einigungsamt einer Innung als Einigungsamt angerufen werden. In diesem Falle finden die §§ 66, 68 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß ein Schiedspruch auch dann abzugeben ist, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt, sowie daß Personen, die an der einzelnen Streitfrage als Arbeitgeber oder als Mitglied des Arbeiterausschusses beteiligt gewesen sind, bei dem Schiedspruch nicht mitwirken dürfen.

Da wo ein ständiger Arbeiterausschuss nicht vorhanden ist, kann gleichfalls bei Streitigkeiten zwischen der Arbeiterkassette und dem Arbeitgeber über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen der Ausschuss als Schlichtungsstelle angerufen werden. Das gleiche gilt für die landwirtschaftlichen Betriebe. Nur die Eisenbahnbetriebe sind ausgenommen.

Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedspruch nicht, so ist den beteiligten Arbeitern auf ihr Verlangen die zum Aufgeben der Arbeit berechtigende Bescheinigung (Abhehrschein) zu erteilen. Unterwerfen sich die Arbeiter dem Schiedspruch nicht, so darf ihnen aus der dem Schiedspruch zugrunde liegenden Veranlassung die Bescheinigung nicht erteilt werden.

Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften über die Errichtung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungsstellen zu erlassen.

Das Vereins- und Versammlungsrecht

der im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen ist durch das Gesetz besonders geschützt. Die Ausübung dieses Rechts darf nicht beschränkt werden.

Von Wichtigkeit ist auch, daß gewerbliche Arbeiter, die etwa auf Grund dieses Gesetzes der Landwirtschaft überwiesen werden, nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde unterliegen.

Bei der Durchführung des Gesetzes wirkt auch eine vom Reichstag eingesetzte Kommission von 15 Mitgliedern mit.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Macht der Bundesrat von dieser Befugnis binnen eines Monats nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch, so tritt das Gesetz außer Kraft.

Von den Kriegsschauplätzen.

Ein weiteres günstiges Fortschreiten der Kämpfe in Rumänien konnte der gestrige deutsche Heeresbericht melden. Die Bahlinie Bukarest-Targoviste-Pietrofitza nordwestlich Bukarests wurde überschritten und dadurch der Hauptbahnhofenpunkt Pleosci hart gefährdet. Die Gefangenenzahl hat sich beträchtlich erhöht. In der gegnerischen Presse verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß Bukarest nun nicht mehr zu halten ist. Man ist der Meinung, daß die Deutschen und ihre Verbündeten eine große Einkreisungsschlacht eingeleitet haben. Ueber die Festungswerke der rumänischen Hauptstadt erfährt die Wiener Allg. Ztg.: Ein 72 Kilometer langer Festungsgürtel umgibt die Hauptstadt des Landes, der durch 18 Forts und 18 Zwischenforts verstärkt wird. Interessant ist der Umstand, daß die vier stärksten Forts ihre Front nach Nordosten haben, die ohne Zweifel für einen etwaigen

Angriff Rußlands gegen Rumänien erbaut wurden, denn man rechnete eben nur mit einem Angriff Rußlands.

Verschiedenen Blätternachrichten zufolge will General Sacherow von seinem Posten als Oberbefehlshaber der russisch-rumänischen Truppen zurücktreten, da ihm weder Rußland noch Rumänien die von ihm geforderte Artillerieverstärkung gewährt hätten.

Die englische Ministerkrisis ist noch nicht beendet; allerdings teilt „The Associated“ mit, daß die gefährliche Phase der Krise vorüber sei. Es hebe sich, daß Asquith Premierminister bleibe und man nehme allgemein an, daß es ihm mit Lloyd George und Bonar Law gelingen werde, alle Differenzen aus dem Wege zu räumen. In den Wandelgängen des Unterhauses glaube man, daß Edward Carson in das Kabinett eintritt und der Kriegsrat aus Asquith, Bonar

Das und Lloyd George bestehen werde. Man nehme an, daß Lord Curzon erster Lord der Admiralität wird und Balfour das Kolonialamt übernehmen wird.

Der „Manchester Guardian“ schreibt im Gegensatz dazu: Die einzige Möglichkeit für eine Uniformierung des Kriegszustandes ist die völlige Umbildung des Cabinets mit einem neuen Premierminister.

Der militärische Korrespondent der „Times“ schreibt über das deutsche Hilfsgeleit und das neue Kriegsamt: Der Zweck dieser großen Organisation ist, eine vorteilhaftere militärische Lage im Frühling zu schaffen, dadurch, daß Deutschland die Alliierten in der Bereitstellung von Mannschaften und Munition übertrifft. Um das zu erreichen, mußte die Mechanik sofort in Gang gesetzt werden, ohne eine Stunde Ausschub in der Erwartung, daß die Verbündeten ihre Zeit mit Palavers (Besprechungen) verschwenden und, wie gewöhnlich, im Hintertreffen bleiben werden.

Ueber die Einführung des Hilfsdienstes meint ein anderer Korrespondent, wir sind jetzt auf den Felsen schlechterer Kräfte gestiegen, denen man nicht mehr mit Reden begegnen kann. Es ist klar, daß auch wir das tun müssen. Weiter heißt es, auch die Verbündeten müßten alle Männer für die Armee und zur Erzeugung von Munition aufbringen. Dieser Krieg sei nicht allein ein Krieg der materiellen Elemente. Die 200 Divisionen, die Deutschland im Felde habe, beweisen das Gegenteil, und wenn England und seine Verbündeten dieser Ausdehnungsfähigkeit nicht durch eine noch größere auf ihrer Seite begegnen könnten, so ließen sie Gefahr, daß der Krieg ohne Entscheidung und mit einem Kompromißfrieden ende, und das sei das größte Mißgeschick, das die Verbündeten und ihre Sache treffen könne.

Der russische Ministerpräsident Trepow hat nach Meldungen aus Petersburg eine Verfügung erlassen, die jede Art von Friedensverhandlungen in der russischen Presse verbietet. Dem „Nietich“ zufolge ist das Verbot, die Friedensprobleme zu besprechen, unter dem englisch-französischen Druck erlassen worden, da die beiden Westmächte alle Diskussionen, die die Kriegsmüdigkeit fördern können, verhindern wollen.

Die Kriegslage.

1918. Berlin, 3. Dezember, abends. (Amtlich.)

In Ost und West nichts Besonderes.
In Rumänien Fortschritte in Richtung Bukarest und Mosti.
An magyarischer Front Artilleriekampf.

Wien, 3. Dezember. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die in den letzten Tagen erzielten Erfolge wurden ausgebaut. Die Donau-Armee schlug mit ihrem rechten Flügel russische Angriffe ab und drang südwestlich von Bukarest über den Argeş hinan. Die nordwestlich der Hauptstadt Rumäniens vorgehenden österreichisch-ungarischen und deutschen Kräfte sind über die Bahn Bukarest-Lergodist vorgeückt. Feindliche Nachhuten wurden, wo sie sich festsetzten, geworfen. Die Zahl der am 3. Dezember eingelangten Gefangenen beträgt mehr als 12 000. Am unteren Argeş wurden auf verhältnismäßig engem Gesichtsfeld allein Soldaten von 26 Regimentern eingebracht.

Front des Generalfeldmarschalls Erzherzog Josef.

Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generals von Erz haben im Grenzgebiet westlich und nordwestlich von Duna den Russen durch Gegenangriffe alle britischen Erfolge wieder entzogen, die sie in den letzten Tagen an einzelnen Stellen erlangt hatten. Große magyarische Bataillone des Generalsobersten von Köchy den Feind in erbitterten Kämpfen aus den Härtlich an ihn verlorene Gebieten auf dem West-Debrin. Bei diesen Unternehmungen wurden 550 Mann, 13 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer erbeutet. Russische Truppen nordwestlich von Soos-Wejz, südlich von Szeged, und bei Doraa Batra unter großen Feindverlusten abgezogen.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nach einer rasch abgewiesenen russischen Vorstoß bei Kuznetsov in Galizien nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Trotz Regen und Nebels blieb das Geschützfeuer im Karst-Kriegsschauplatz auf gleicher Stärke.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Ereignisse zur See.

Ministerratsschiff „Saxonia“ hat am 3. Dezember nachmittags über dem Kanalplaton im Zusammenstoß mit italienischen Ceprini-Bootsabteilungen einen heftigen Zusammenstoß. Die vier italienischen, hiervon einer schwer und zwei leicht verletzt, wurden gefangen genommen.

Wien, 3. Dezember. Aus dem Kriegspressquartier wird vom 3. Dezember gemeldet:

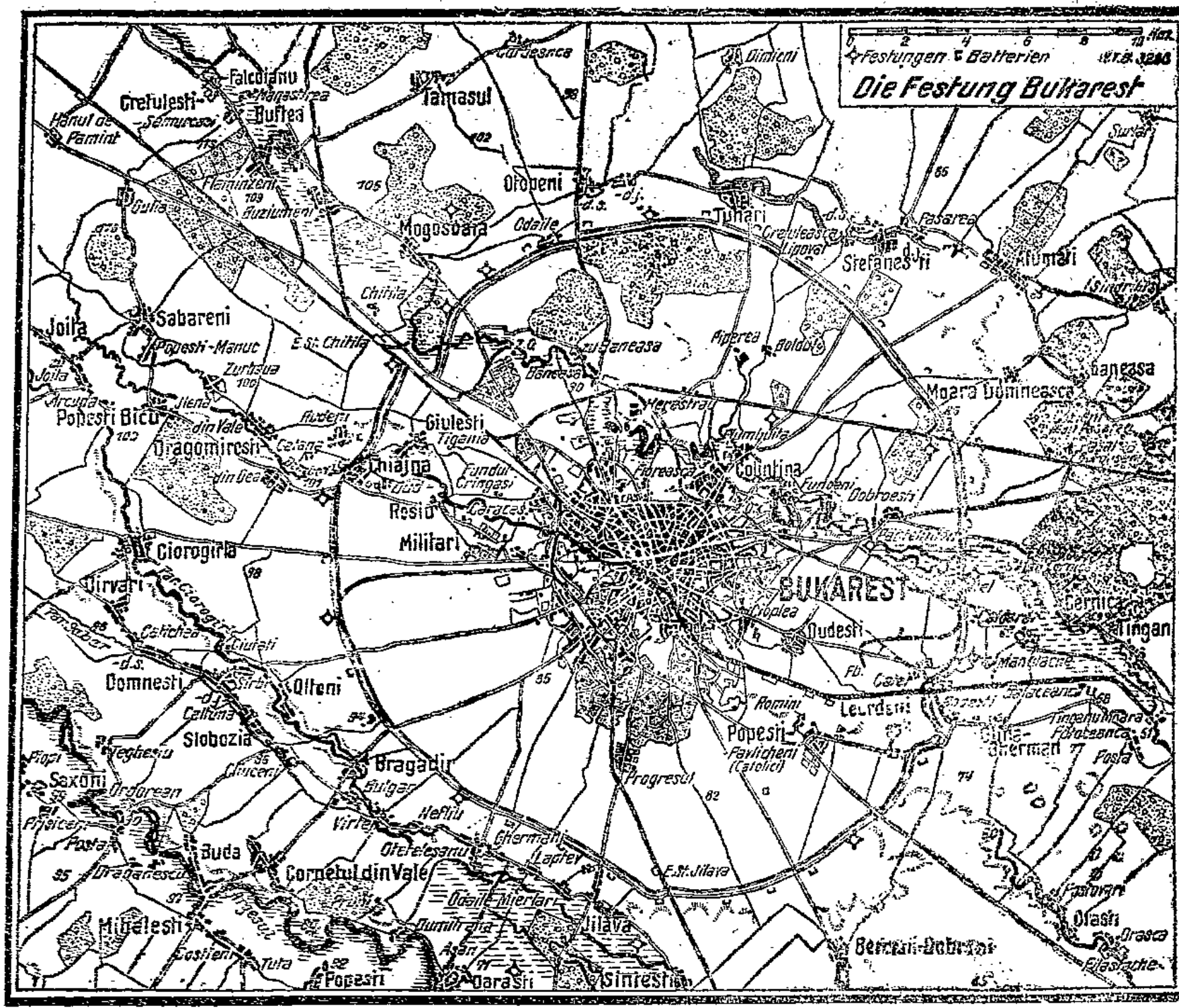
In Rumänien greift der Erfolg weiter aus. In den Siebenbürgener Grenzgebirgen wird weiter gekämpft. In den Waldkarpaten vereinzelte rumänische Angriffe.

Gegen Frankreich und Belgien.

Die Behandlung der Belgier.

In der im Reichstag eingebrachten Behauptung, daß der Gouverneur von Antwerpen, General von Jansen, den Belgiern versprochen habe, sie würden nicht zur Arbeit gezwungen, hat sich der General nicht bedauert.

Nach der Erobertung von Antwerpen habe sich der Belgier eine große Bewußtlosigkeit und die letzten Harenweise nach Holland gekehrt. Auch dort habe man die Bewahrung unter ihnen zu erhalten und zu heigern gesucht, indem man ihnen darstellte, sie würden, falls sie heigigen Boden wieder besteten, von den Deutschen zur Arbeit gezwungen werden. Daran habe er erkannt gemacht, daß davon gar keine Rede sei. Die Belgier könnten ruhig zurückkehren, es würde niemand etwas gefordert und niemand zur Arbeit gezwungen werden, der sich ruhig verhalte und nicht Antrag zu Mißlichkeiten gebe. In diesem Sinne hat denn auch der Kardinal Mercier auf die nach Holland gekehrten Belgier eingewirkt und die Folge war, daß die Belgier in großer Zahl heimkehrten. Diese zu erge in der Zeit als zwei Jahren in einer gänzlich anderen Lage gegeben werden. Es ist der belgischen Regierung wiederholt nahe gelegt worden, die Arbeitslosen zu beschäftigen, was es fast in der Freigabe gegeben worden, wo und wie dies geschehen könne. Die belgische Regierung aber hat sich diesen Mahnungen verweigert; sie hat nicht für Arbeit gesorgt, sondern nur die Arbeitlosen in der Hoffnung belassen. Es geht so, daß etwa 500 000 zur Arbeit freigestellt sind. Diese, wie bekannt die besten Elemente in Belgien, nehmen durchwegs nicht den Standpunkt ein, daß die Belgier in der Lage sind, die Arbeit zu leisten. Sie betonen vielmehr die Arbeitslosigkeit, die durch den Krieg entstanden ist, gegen ihre Arbeitslosigkeit.



zutage getreten ist, als eine Besibene. Nur Leute, die da glauben, sich für die Zukunft auf diese Weise eine gute Stellung zu sichern, sind gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung und reden von Vergewaltigung."

Der Balkankrieg.

Der russische Bericht.

Von der rumänischen Front befragt: Nördlich von Trotus griff der Feind unsere Truppen auf den neuerdings besetzten Höhen hartnäckig an, von denen wir zwei räumten. Südlich von Trotus dauern die erbitterten Kämpfe an. Der Feind legt hartnäckigen Widerstand entgegen. Im Dinz-Tal schlugen die rumänischen Angriffe des Feindes ab. In der Richtung Pitelti-Lergodist weichen die Rumänen unter dem anhaltenden Druck des Feindes weiter zurück. Weiter in der Richtung Alexandria-Bukarest und weiter südlich dauern die erbitterten Kämpfe fort. Der Feind, der hier zur Verteidigung übergegangen war und den Rückzug antrat, ergriff, nachdem er Verstärkungen erhielt, die Offensive, und es glückte ihm, sich des Dorfes Gradistze, südlich Bukarest, zu bemächtigen. Südwestlich Bukarest wurden rumänische Abteilungen, die hinter dem Feind den Fluß überschritten hatten, angegriffen und zum Rückzug gezwungen. In der Donau wurden Gewehrschiffe gewachelt. In der Dobrudscha wurden Versuche des Feindes, anzugreifen, durch Artillerie- und Infanteriefeuer angehalten.

Eine Schlappete der Entente.

Es bestätigt sich, daß die Entente in Griechenland alles andere als einen Erfolg erzielt hat. Das muß jetzt selbst die englische Presse zugeben. In einem Bericht des „Daily Telegraph“ vom Sonntag heißt es: Die Stadt Athen hat am Sonnabend ein Bild der Anarchie. Soldaten und bewaffnete Bürger beschossen die Häuser der Benizelisten und machten Treibjagden auf sie. Es wurden rund 1000 Benizelisten getötet, verwundet oder gefangen. Die Franzosen wurden aus dem Kabeltelegraphenkampt, das sie mit ihren Offizieren besetzt hatten vertrieben; die Kabelbetriebe unterliegen jetzt der griechischen Zensur. Es ist zwecklos, zu leugnen, daß die Alliierten eine vollständige Niederlage erlitten. Admiral Jounet hat den ihm gegebenen Versprechungen zu unrichtig getraut. — Die „Times“ schreibt von einem Fiasko der Alliierten in Griechenland. Die „Daily News“ sagt, daß man jetzt auf weitere Illusionen hinsichtlich der Genügnung des Königs verzichten müsse. Die „Morning Post“ nennt die Soldaten des Königs „Höhlendämonen“ und meint, der König sei seinem Volke gegenüber ein Betrüger und Wortbrüchiger.

„Daily Telegraph“ erzählt aus Athen vom 2. Dezember: Die königstreue Presse veröffentlichte heute früh eine Reueerklärung, in der es heißt, daß Jounet angekündigt habe, die Auslieferung von 6 Feldkanonenbatterien anzunehmen und daß er seine ursprüngliche Forderung bezüglich der anderen Waffen fallen gelassen habe. Es wird gemeldet, daß die griechischen Reservisten mobilisiert werden.

Das gleiche Blatt meldet aus Paris: Der König macht in aller Stille mobil General Dasmanis übernahm die Leitung des Generalstabs. Seine Ernennung ist schon vor drei Tagen erfolgt, aber sie wurde geheim gehalten. Die Entente-Gesandten hielten am Bord des Schlachtschiffes „Bouvet“ eine Beratung ab. Im Paris wurden mehrere belgische Posten von der Entente eingerichtet. Alle Athener Blätter rühmen sich des Sieges über die Alliierten. Die Benizelisten sind eingeschüchert und erklären jetzt, daß sie auf Seiten des Königs stehen. (?)

Der Seetrieg.

Ein kühner U-Boot-Vorstoß.

Das Döbelen meldet die Agence Havas: Am Montag mittig drangen deutsche U-Boote in den Hafen von Sunchal ein und torpedierten einen französischen Transportdampfer mit Kriegsmaterial, ein englisches Handelschiff und ein französisches Kanonenboot. Eine spätere portugiesische Meldung berichtet: Der Marineminister teilt mit, daß folgende Schiffe versenkt wurden: Das U-Boot-Geleitschiff „Kanguruh“, der englische Dampfer „Daria“ und das französische Kanonenboot „Surprise“. Nach der Torpedierung bombardierten die U-Boote die Stadt zwei Stunden lang aus einer Entfernung von drei Meilen. Die Stadtbatterien erwiderten und zwangen die Tauchboote, sich zurückzuziehen. Bis jetzt wird kein Toter in der Stadt gemeldet, dagegen scheint es, daß 34 Mann der Besatzung des französischen Kanonenboots ums Leben gekommen sind, darunter der Kommandant. Einige Portugiesen, die sich bei den Transportschiffen befanden, kamen ebenfalls ums Leben.

(Fundal ist die Hauptstadt der im Atlantischen Ozean gelegenen portugiesischen Insel Madeira; die Stadt liegt von unseren Norddehären 1750 Seemeilen entfernt.)

Versenkt

wurden weiter: 4 englische, 2 französische, 6 norwegische, 1 dänisches und 1 griechisches Schiff.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Anfragen zur Volksernährung.

Die fortschrittlichen Abgeordneten Dorman, Fegter und Hoff haben im Reichstag zwei Anfragen folgenden Inhalts eingebracht:

„Die Höchstpreise für Nahrungsmittel und andere Waren, insbesondere Kohlrüben, bleiben im weiten Umfang dauernd unbeachtet, ohne daß die Behörden eingreifen. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, den Gelehen Achtung zu verschaffen?“

„Die Verteilung der Kartoffeln ist eine so mangelhafte, daß selbst in Landstädten, in deren Nähe ausgedehnte Flächen mit Kartoffeln bebaut wurden, eine drückende Kartoffelnot entstanden ist. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die unteren Verwaltungsbehörden zu veranlassen, so energisch einzugreifen, daß die unerträglichsten Zustände beseitigt werden?“

Reform der Offiziersgehälter.

An der Kriegsbeobachtungsordnung, die so oft im Reichstag Gegenstand scharfer Kritik war, wird fortgesetzt geändert, ohne daß man sich aber zu einer gründlichen Reform entschließen kann. Jetzt ist wieder verfügt worden, daß die Offiziere im allgemeinen nur die Gehälter der ihnen verliehenen Stellen bekommen, so z. B. ehemalige Regimentskommandanten, die bei Kriegsbeginn wieder eingetreten sind und jetzt ein Bataillon führen, das Gehalt eines Bataillonskommandeurs. Offiziere, die auf Grund der bisherigen Bestimmungen höhere als die mit der Stelle verbundene Gehälter bereits bezogen haben, bleiben hiervon unberührt, solange sie die betreffende Stelle wahrnehmen.

Aus dem preussischen Landtag.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Beratung des Berichts der Staatshaushaltskommission über die Anträge zur Ernährungsfrage. Da die Berichte der beiden Richterpaten — Abg. Lippmann (Volksp.) und Dr. Hoersch (K.) — fast drei Stunden in Anspruch nahmen, kam aus der Mitte des Hauses nur drei Redner zu Worte: der Konservative von der Lünen, der einen höheren Schutz für die Produktion forderte und betonte, daß es in der Hauptsache darauf ankomme, daß überhaupt Nahrungsmittel vorhanden seien, daß aber die Preise keine so große Rolle spielen und im übrigen die Landwirtschaft gegen den Vorwurf in Schutz nahm, daß sie absichtlich Lebensmittel zurückhalte. Nach ihm sprach der Zentrumsabgeordnete Bruff, der sich im wesentlichen mit den Anträgen der Kommission einverstanden erklärte, und als letzter Abg. Dr. v. Campe (Natl.), der eine Reihe von Maßnahmen der Regierung als zu weitgehend bezeichnete und schwere Bedenken gegen den Kriegsjournalismus geltend machte.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

- Unsere Genossen haben zur Ernährungsfrage folgende Anträge eingebracht:
1. einen Antrag auf Erhöhung der wöchentlichen Fleischration auf 400 Gramm allgemein und auf 500 Gramm für Schwerarbeiter;
 2. auf Herabsetzung der Preise für Fleisch, Fett und sonstige Erzeugnisse der Viehhaltung;
 3. auf erhebliche Herabsetzung der Preise für Fische;
 4. auf Einbeziehung aller Arten Fleisch, Wild, Geflügel und Fische in die öffentliche Bewirtschaftung;
 5. auf Maßnahmen zur reichlicheren Zufuhr von Kartoffeln zur Sicherstellung des Winterbedarfs der Städte und Industriebezirke;
 6. auf einheitliche Regelung und Herabsetzung der Preise für Kohl, Kohlrüben, sonstige Gemüse und Obst;
 7. auf Beschlagnahme der Zwiebeln und Festsetzung von Höchstpreisen für dieselben;
 8. auf rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Ein Getreidemonopol?

Unterstaatssekretär Michaeis, der Leiter der Reichsgetreidestelle, hielt im Festsaal der Kgl. Universität einen Vortrag über das Thema: Reichsgetreide jetzt und später. Im Verlaufe dieses Vortrages führte er aus:

Für die Ubergangszeit nach dem Abschluß des Krieges, die auf mehrere Jahre zu berechnen ist, sei es unerlässlich, daß die Reichsgetreidestelle sowie die Beschlagnahme und die Rationierung festhalten bleibe. Es sei eine falsche Vorstellung, daß mit Friedensschluß die Nahrungsjorgen behoben sein werden, und daß über die wiedereröffneten Grenzen alles hereinströme, was wir entbehren. Den Nachbarländern, sowohl den feindlichen als den neutralen, geht es schlechter als uns und sie werden sich ebenso langsam erholen. Selbst Amerika drohe mit Ausfuhrverboten. Eine Besserung werde nur allmählich eintreten und es sei falsch, zu rufen: „Gibt uns Frieden, gibt uns Brot!“ Durch den Friedensschluß würden die Nahrungsjorgen zunächst nicht verringert. Ob in der weiteren Zukunft unter Benutzung der Erfahrungen der Kriegs- und Ubergangsjahre die Bewirtschaftung des inländischen oder aus dem Ausland eingeführten Getreides staatlich erfasst und verwertet werde, sei eine noch völlig offene Frage. Sie werde nicht für das Getreide allein zu lösen sein, man müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß nach Friedensschluß die Reichsausgaben sich vervierfachen, wenn nicht gar verfünffachen werden. Unter dem ungeheuren Druck, welchen die Verschlechterung unserer öffentlichen und daneben der Einzelwirtschaften hervorrufen werde, werden wir genötigt sein, zur Wiederherstellung eines geordneten Wirtschaftens uns an Begriffe zu gewöhnen, welche wir ohne diese Not und diesen Zwang weit von uns weisen würden. Ob man dazu kommen werde, die Erwerbung von Rohstoffen und damit auch vielleicht des Getreides gemeinwirtschaftlich zu erfassen und fiskaalisch zu nutzen, oder ob es möglich sein werde, den Reichsfinanzbedarf in den bisher betrachteten und nur weit ausgebauten Pfaden zu bedenken, stehe noch völlig dahin.

Aus den letzten Sätzen darf man wohl herauslesen, daß man den Gedanken der Einführung eines Getreidemonopols in maßgebenden Kreisen bereits erörtert.

Die Warenumschlagsteuer — ein Geschäft für die Kapitalisten?

Die Elektrizitäts- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft in Rügenberg hat ihren Kunden, die zu vielen Tausenden zählen, folgende Mitteilung zugesandt:

„Am 1. Oktober 1918 ist das Gesetz über den Warenumschlagstempel in Kraft getreten. Wir werden Ihnen den auf Sie entfallenden Betrag in Rechnung stellen und erstmalig von Ihrem Stromverbrauch vom 1. Oktober bis 31. Dezember ds. Js. mit je 0,10 Mark zusammen mit der Dezemberrechnung erheben. Teilbeträge werden auf 0,05 nach oben abgerundet.“

Ganz abgesehen davon, daß diese Abwälzung der Steuer auf die Verbraucher nicht berechtigt ist, bedeutet die Abrundung der Teilbeträge nach oben noch ein Geschäft für die Kapitalisten, die, wie man sieht, aus allem Profit zu schlagen wissen.

Nach Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 6. Dezember.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins

findet heute abend im Gewerkschaftshaus statt. Wir machen darauf nochmals aufmerksam.

Der Bürgerausschuß wählte in seiner heutigen Sitzung Präsidenten zum Vorsitzenden sowie Staatsanwalt Dr. Benda und Schlachtermeister Krust zu dessen Stellvertretern. Dann erfolgte die Auslosung der Wahllokationen. In die Kommission zur Vorprüfung des Antrages Reimpell betr. die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen, die ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, wurden für die ausgeschiedenen Mitglieder Hoff, Gorch und G. Reimpell gewählt. Angenommen wurde der Senatsantrag auf Herabsetzung von drei Röntgenzellen im Allgemeinen Krankenhaus. (Kosten 825 Mk.) Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurden die Senatsvorlagen auf Bewilligung einer weiteren Million für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges (bisher sind dafür zusammen 3 Millionen Mark bewilligt) sowie die Bewilligung von Mitteln zur Fortzahlung der Zeurungszulage an städtische Arbeiter.

Die verurteilte bittere Bille des erhöhten Zuckerpriests. Amtlich wird verkündet: Für die Zuckerverforgung in den Wirtschaftsjahren 1917/18 wurden durch eine Bundesratsverordnung vom 2. Dezember 1916 ab die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Die Festlegung der Bestimmungen war dringlich, da gerade jetzt die Landwirte über den Anbau von Zuckerrüben für 1917 entschieden und die Fabriken Verträge schließen. Das Ziel der Regelung ist, den Anbau nicht nur auf der jetzigen Höhe zu halten, sondern, wenn irgend möglich, den Anbau darüber hinaus zu steigern. Das ist notwendig für die Ernährung des Volkes, wie für den Bedarf des Heeres. Zur Förderung des Rübenanbaues wurde dabei, auf den bringenden Wunsch der Rübenbauer die zur Rückgabe an sie freigegebene Menge von nassem und trockenem Schnitzeln für 1917/18 um volle 10 Prozent auf 85 Prozent erhöht, außerdem dürfen ihnen künftig entsprechend ihren Rübenlieferungen 10 Prozent der Rohzuckererlöse zurückerstattet werden. Da bekanntlich beim Rübenbau besonders großer Aufwand an Arbeitskräften und Bodenfruchtstoffen notwendig ist, wird dem Rübenbau durch Zuweisung von Arbeitern, besonders von Kriegsgefangenen, ferner durch Sonderzuteilung künstlichen Düngers, jede mögliche Produktionserschleicherung gewährt. Bei solchen Vorbedingungen konnte die Erhöhung des Zuckerrübenpreises auf 3 Mk., wie von den Interessenten angeregt wurde, nicht gerechtfertigt erscheinen. Nach vielfachen Erörterungen mit Sachverständigen wurde vielfach ein gesetzlicher Mindestpreis von zwei Mark für ausreißend, aber auch unbedingt für erforderlich erachtet, um den Rübenbau nicht nur in den künftigen wirtschaftlichen Gegenden auf der jetzigen Höhe zu halten. Auf der Grundlage dieses Mindestpreises wurde der Rohzuckerpreis zum Herbst 1917 festgelegt. Dasselbe ist bei der Verarbeitung zum Zucker der gleiche Betrag auf der Höhe des Vorjahres gehalten worden. Der Rohzuckerpreis steht damit weit unter den Preisen der feindlichen Länder. Dasselbe gilt vom Verbrauchszuckerpreis. Trotzdem muß dieser im Interesse der Bevölkerung so niedrig als möglich gehalten werden. Im laufenden Jahre, wo bekanntlich der Rohzuckerpreis gegenüber dem Vorjahr erhöht werden mußte, um den Rübenbau einen einigermaßen ausreichenden Umfang zu

Der amtliche Kriegsbericht.

W. W. Großes Hauptquartier, 6. Dezbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Abgesehen von auch gestern zeitweilig stärkerem Artilleriekampf im Sommegebiet keine besonderen Ereignisse.

Deutscher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Die Stellungen an der Karajowka lagen unter lebhaftem russischen Artilleriefeuer.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.
In den Waldkarpathen griff der Russe nördlich des Zakatzen-Passes und nördlich an der Ludowa an. Seine neuen Opfer an Menschen brachten ihm keinen Erfolg.

Die Gefangenenzahl aus dem für uns günstigen Kampf bei Wersch Dobry erhöhte sich auf 275 Mann, die Beute auf 5 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer.
Im Protosul-Tal wurde starker russischer Druck gegen die vordere Linie in der Vorbereitung unweit rückwärts der 2. Stellung abgefangen.

Nördlich des Dituž-Passes gelang die Wegnahme eines russischen Stützpunktes bei geringem eigenen Verlust. 60 Gefangene blieben in der Hand des deutschen Angreifers.

Im Wazja-Tal, südlich des Bedens von Redzjawarschely brachte ein von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen ausgeführter Handstreich ein beträchtliches Stück rumänischer Stellungen mit 2 Offizieren und 80 Mann und vieler dort aufgestapelter Munition in unsere Hände.

Balkan-Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die siegreich vordringende 9. Armee nähert sich kämpfend der Bahn Bukarest—Ploesci—Carpina. Unter der Einwirkung dieser Bewegung räumte der Feind seine Stellungen nördlich von Sinaita, das am Abend von österreichisch-ungarischen Truppen nach Kampf genommen wurde.

Die Donau-Armee hat die auf dem Südufer des Regelul von Rumänien besetzten Orte gesäubert. Sie ist im Vordringen auf Bukarest.

An der Donau sind russische Angriffe vom Osten her zurückgeschlagen worden.

Den unter Oberst Szivo in der südwestlichen Balaschei in Auflösung weisenden rumänischen Kräfte folgendes österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen haben den Gegner am 11. zum Kampf gestellt.

Der Feind, dem auf dem Ostufer des Flusses der Weg verlegt ist, hat gestern 28 Offiziere und 1600 Mann an Gefangenen und 4 Geschütze eingebüßt. Außer dieser Zahl sind am 5. Dezember über 4400 Rumänen gefangen genommen worden.

Am der Bahn nordwestlich von Bukarest fielen bedeutende Weizenvorräte in unsere Hände, die von der englischen Regierung angekauft und mit Silber als solche gekennzeichnet waren. An der Dobrudschafront herrschte Ruhe.

Mazedonische Front.

In dem Gefecht bei Gradisnica, östlich der Cerna blieben bulgarische Regimenter Sieger über die Serben, die anfangs in einen Teil der Stellung eingedrungen waren. Weiter südlich sind neue Kämpfe im Gange.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

erreichen, wurde die Preiserhöhung für Mundzucker dadurch vermieden, daß der vom Heere und der Industrie gebrauchte Zucker etwas über den Durchschnittspreis verkauft wird. Auch für Herbst 1917 wird von zuständigen Stellen insoweit Wege, eine erhebliche Erhöhung des Mundzuckerpreises auf diesem Wege zu vermeiden. Eine genaue Entscheidung kann natürlich erst nächsten Sommer vor der neuen Ernte erfolgen, wenn die Erzeugung und der Bedarf einigermaßen feststehen.

Die Kartoffelrationen. Im „Reichsanzeiger“ wird eine neue Verordnung über Kartoffeln veröffentlicht. Danach hat die Regelung der Verjorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln nach dem Grundjah zu erfolgen, daß der Kartoffelerzeuger bis zum 31. Dezember 1916 und vom 1. März 1917 bis zum 20. Juli 1917 auf den Tag und Kopf bis 1 1/2 Pfund Kartoffeln, in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis 28. Februar 1917 bis 1 Pfund Kartoffeln seiner Ernte für sich und für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden darf. Im übrigen wird der Tageslohn bis zum 31. Dezember 1916 auf höchstens 1 Pfund Kartoffeln, vom 1. Januar 1917 bis zum 20. Juli 1917 auf höchstens 3/4 Pfund Kartoffeln mit der Maßgabe festgelegt, daß der Schwerarbeiter eine tägliche Zulage bis zu 1 Pfund, vom 1. Januar 1917 ab eine tägliche Zulage bis 1 1/4 Pfund Kartoffeln erhält.

Eröffnung der Gesamtstrecke der Lübeck-Segeberger Bahn. Die Lübeck-Segeberger Bahn — die schon im Laufe des letzten Kriegsjahres von Lübeck aus nacheinander einen Teilstreckenbetrieb bis Arrade, Oberwohlde, Westerrade und kürzlich bis Weede eröffnet hatte — wird, wie bereits kurz berichtet, am heutigen Mittwoch auf der Gesamtstrecke Lübeck—Segeberg eröffnet. Eine vorbereitende Arbeit von rund 3 1/2 Jahrzehnten wird dadurch endlich zum Abschluß gebracht. Fast 25 Jahre dieser Zeit fallen allerdings auf den Kampf um die Konzeptionierung der Bahn! Das im Anfang der achtziger Jahre in Lübeck unter tätiger Mitwirkung des verstorbenen Lübecker Senators Arnold Behn gegründete Komitee der Bahn dachte ursprünglich an den Ausbau der Lübeck-Segeberger Bahn als Vorkahn. Auch im Eisenbahnministerium trug man sich lange mit diesem Gedanken. Denn 1890 erfolgte nach vielem Drängen von Minister v. Marbach und 1896 von Minister Thielers der Beschluß, daß die Prüfung des staatsseitigen Ausbaus der Strecke noch immer nicht abgeklärten sei. Erst 1897 wurde dem Komitee zum erstenmal die Planung der Bahn als Kleinbahn anheimgegeben. Wenige Monate darauf schien es, als ob wegen des lebhaften militärischen Interesses des Grafen Waldersee für die Bahn doch noch an einen staatsseitigen Ausbau gedacht werden könne. Aber 1903 sah sich das Komitee nach nochmaligen zeitraubenden amtlichen Prüfungen und Ermittlungen doch wieder auf die Notwendigkeit einer Planung der Bahn als Klein- oder als Nebenbahn angewiesen.

Das Komitee beauftragte nunmehr den Regierungsbaumeister Mühlbradt mit der Ausarbeitung eines generellen Projektes. Aber nachdem dieses im Jahre 1905 die Billigung der beteiligten Regierungen gefunden hatte, hatten Tracierungschwierigkeiten eine neue dreijährige Verzögerung im Gefolge. Die inzwischen in Lübeck ausgearbeiteten umfassenden Industrieansiedlungspläne hatten nämlich die vorgezeichnete nördliche Einführung der Bahn in den neuen Lübecker Hauptbahnhof unmöglich gemacht und es bedurfte recht zeitraubender Verhandlungen und technischer Nebenbearbeitungen, bis es endlich gelang, auch diese Klippe durch

eine neue nördliche Linienführung zu umschiffen. Neue erhebliche Hindernisse erwuchsen alsdann aus der Finanzierung der Bahn, deren Durchführung die nächste Hauptaufgabe des 1908 an die Spitze des Komitees getretenen neuen Präsidenten der Lübecker Handelskammer, Herrn Konrad Dimpfer, war, nachdem zu gleicher Zeit auch der Syndikus der Handelskammer, Herr Dr. Kalkbrenner, infolge seiner Wahl in den Senat das Geschäftsführeramt an seinen Amtsnachfolger, Syndikus Dr. Walkroth, abgegeben hatte. Lübeck und der Kreis Segeberg hatten in finanzieller Hinsicht zwar das ihrige getan, aber die Anleger des Zwischenstückes ließen es lange an sich fehlen, sodaß erst durch Ausarbeitung einer südlichen, dann einer nördlichen Variante ein gewisser Wettbewerb der Anleger gewendet werden mußte. Infolge des tatkräftigen Eingreifens der künftigen Regierung, welche sich für die nördliche Variante über Arrade und Oberwohlde entschied, wurde auch dieser Varn gebrochen, d. h. die Finanzierung der Bahn wurde zu Ende geführt.

Am 8. November 1913 endlich konnte — nach Durchführung aller speziellen technischen Vorarbeiten, nach Vollendung des Grunderwerbsverfahrens durch die Herren Katasterdirektor Diestel und Rechtsanwalt Dr. Götz in Lübeck sowie nach Abschluß eines Bau- und Betriebsvertrages mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft und einer Verstädtigung mit der Kiel-Segeberger Bahn über die gemeinschaftliche Benutzung der Segeberger Bahnanlagen — der erste Spatenstich erfolgen. Drei Jahre später hätte die Bahn längstens fertig sein müssen, wenn nicht der inzwischen ausgebrochene Krieg den Personalbestand beim Bau sehr gelichtet und die Materialbeschaffung so stark erschwert hätte, daß es nur unter den größten Schwierigkeiten überhaupt möglich war, die Hauptunternehmerfirma zur Durchführung der Arbeiten während des Krieges zu bewegen. Unter erheblichen Schwierigkeiten war auch dies schließlich gelungen. Am 6. Dezember lang nunmehr die ganze Strecke Lübeck—Segeberg eröffnet werden. Von ihren rund 29 Kilometern, welche den bisherigen Umweg über Ohresloe um 11 Kilometer abkürzen, liegen etwas über die Hälfte (16,3 Kilometer) im preußischen Kreise Segeberg, 7,8 Kilometer im oldenburgischen Fürstentum Lübeck und der Rest von 4,9 Kilometer auf dem Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck. Durch die vom Lübecker Hauptbahnhof abgehende Bahn werden folgende Stationen verbunden: Lübeck, Schönhöden, Stodelsborg, Arrade, Oberwohlde, Reinsbek, Strußdorf, Westerrade, Steinbek, Weede und Segeberg. Durch die Bahn — deren Fertigstellung fast 2 Millionen Mark für den Bau und außerdem über 400 000 Mark für den Grunderwerb erfordert hat — wird ein Verkehrsgebiet von rund 200 Quadratkilometer erschlossen, welches einschließlich der durch die Bahn verbundenen Städte von rund 130 bis 140 000 Einwohnern bewohnt ist. Der Boden des durchschnittlichen Landes ist sehr fruchtbar. Es wird hauptsächlich ein gut entwickelter Ackerbau, ferner Wiesenkultur und Viehzucht betrieben. Die Gemeinden des Kreises Segeberg erhalten durch die Bahn die seit so langem gewünschte bessere Verbindung mit ihrer Kreisstadt, während andererseits der schon jetzt bestehende lebhafteste Handel mit Lübeck durch die neue Bahn erheblich erleichtert und gefördert wird. Da die Bahn auf das besondere Betreiben Lübecks rechnunglich von vornherein allen Erfordernissen einer Nebenbahn angepaßt worden ist, würde ihre spätere Benutzung als Nebenbahn, sowie ihr vielleicht doch einmal kommender Umbau zur Hauptbahn keinen Schwierigkeiten begegnen. Möge der neuen Bahn eine glückliche Entwicklung beschieden sein!

Der Wucherpreis der Fische. Eine der aufreizendsten Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt ist die gewaltige Preiserhöhung der Fische. Für frische Fische und für geräucherter werden Preise verlangt, die nicht anders als Wucherpreise genannt werden können. In den Großhandlungen der Fischer finden diese Preise ebenfalls keine Begründung. Einst galt der Seefisch als billiges Volksnahrungsmittel, heute ist er delikatesse geworden, und nur noch für die Kreise Lübeck, die ein gespicktes Portemonnaie haben. Geräucherter Fische, die wegen ihres Fettgehaltes und bei der Fettlosigkeit einem Schwerarbeiter zugute kommen sollten, können von diesen natürlich garnicht bezahlt werden. In gewisser unangenehmlicher Weise hat die Regierung die Dinge freiben lassen und erst in letzter Zeit, nachdem die Preise zu unerhörter Höhe hinaufgeschossen sind, die Fischzufuhr aus dem Ausland unter der Aufsicht der Zentral-Einkaufsgesellschaft zentralisiert und zur Verbesserung der Preisbildung und Verteilung der Ergebnisse des heimischen Fischeinfanges und der Fischkonzerne eine Reichskommission für die Fischverjorgung eingesetzt. Wie notwendig diese Maßregeln sind, dafür liefern die Zustände an den Fischverjordern den besten Beweis. Wenn in Kiel die Fischer mit ihren Fängen in den Hafen kommen, fallen die Aufkäufer sofort über sie her und treiben die Preise gegenseitig in die Höhe. Am letzten Sonntagabend hatten die Fischer in der Kieler Außenförde reiche Fänge gemacht. Trotzdem wurden in Kiel bei der Versteigerung die Preise durch die Aufkäufer enorm hochgetrieben. Der Fang eines Bootes erstielte 16 000 Mk., der eines andern 18 000 Mk. In jedem Boot sind vier Fischer beteiligt, d. h. jeder Fischer hat in einer einzigen Nacht 4000 resp. 4500 Mk. verdient. Ein Wall grüner Herings (1 Wall = 80 Stück) wurde mit 46 Mk. bezahlt, also ein einzelner Wall 57,50 kostete über 50 Pfennig. Da ist es kein Wunder, wenn der geräucherter Fischling 75 Pfg. und mehr kostet. Solche Zustände sind auf die Dauer unhaltbar. Hoffentlich greift der Reichskommission energisch durch. In erster Linie muß das Aufkäuferweien beseitigt werden, um die Preisfreiheit zu verhindern. Dann könnten die Preise bedeutend ermäßigt werden und trotzdem den Fischern und den Räucherern ein angemessener Verdienst bleiben.

Kein Mittagessen für Streckenbahnfahrzeuge mehr. Da noch immer Klagen einlaufen von der Streckenbahn und dem Publikum über Herandrängen und Belästigung durch die fahrscheinliche sammelnde Jugend, steht sich das rote Kreuz zu seinem Bedauern genugungen, diese Wohlthatseinrichtung wieder aufzuheben. Am Mittwoch, dem 6. Dezember, nachmittags von 4 bis 6 Uhr findet noch einmal in der Zentrale vom roten Kreuz, St. Annenstr. 2, die Annahme der gesammelten Fahrscheinne und die Ausgabe der Mittagstatten statt; künftig werden keine Scheine mehr angenommen und keine Marken mehr ausgegeben.

Eine Herabsetzung der Rindfleischhöchstpreise hat das Volk zeamt angeordnet. Unsere Leser finden die genaue Bekanntmachung im Interatenteil.

Sämtliche Reichsbankankassen geben zurzeit, wie die hiesige Reichsbankstelle uns mitteilen, Reichsbankscheine ab unter Vergütung von 4/4 Proz. Zinsen in Säulen von 1000 Mk. an, fällig im Dezember, Januar und Februar. Die Reichsbankscheine werden von der Reichsbank kostenfrei aufbewahrt und können bei Fälligkeit vorausichtlich verlängert werden. Die Reichsbankankassen laufen Reichsbankscheine jederzeit zum Reichsbanklage zurück. — 4 1/2 Proz. Zinsen werden auf solche Reichsbankscheine vergütet, die später auf die Reichsbank eingezahlt werden und bis dahin in Verwahrung der Reichsbank bleiben sollen.

Kreipste Schweine konnte man gestern und heute in größerer Anzahl — etwa 35—40 Stück — auf der Viehrampe freigegeben. Die Tiere sollen tagelang unterwegs gewesen sein und an den Strapazen und Entbehrungen zugrunde gegangen sein. Auch hier in Lübeck haben sie noch viele Stunden gestanden, bevor sie ausgetrieben werden sollten. Gerade in dieser Zeit der Fleischnot müßte man alle Sorgfalt darauf verwenden, daß solche Vorkommnisse sich nicht ereignen.

Rohltätigkeitsabende des Regier-Verbandes Lübeck. Die am letzten Sonntag und Sonntag in der Stadthalle abgehaltenen Rohltätigkeitsabende hatten sich eines überaus guten Besuches zu erfreuen. In beiden Abenden wurden sämtliche Programmnummern tadellos abgewickelt, alle Mitwirkenden gaben ihr Bestes her und hatten dem auch überreichen, wohlverdienten Beifall. Die Spikemannskapelle unter Herrn Geddis Leitung leistete Vortreffliches und erntete nach jedem Musikstück großen Beifall. Nach Schluß der Abende hörte man allgemein, daß das Programm nur gute und gut aufgeführte Sachen gebracht habe. Die Zwecke, Jugender und Beramfalter der Verjüngten zu stellen, sind demnach vollkommen erreicht worden.

Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene macht im heutigen Anzeigenteil unseres Blattes darauf aufmerksam, daß am Freitag, dem 8. ds. Mts., mittags 1 Uhr Schluß der Annahme für Patente an Kriegsgefangene ist, weil die Post zwischen dem 10. und 25. Dezember weder Päckchen noch Patente ins Ausland befördert.

Die Erinnerungsringe Vaterlandsdank sind, wie man aus Mitteilungen erfährt, von Berlin eingetroffen und kommen jetzt, nachdem sie an die Schulen bereits abgegeben sind, in der Reihe des Alphabets zur Ausgabe. Die gelben Dutzungen sind mitzubringen. Es wird gebeten, die Reihenfolge innezuhalten, um Überfüllung und langes Warten zu vermeiden.

In der Kriegsausstellung sind seit voriger Woche in einer Reihe des Saales 1 die Projekte für Errichtung von Kriegerheimstätten an der Armin-Strasse nahe bei Wesloe ausgelegt. Die von den Architekten Fürbörter (aus Lübeck) und A. Wölgel in Flensburg aufgestellten Pläne finden viele Bewunderer. Das für die Bebauung des weiten, wenige Kilometer von den Etern-Lübeck von wunderschönen Wäldern umgebenen Geländes aufgestellte Projekt ist sowohl durch einen Parzellierungsplan wie durch ein für die ästhetische Würdigung besonders instruktives Schaubild aus der Vogelperspektive veranschaulicht. Zahlreiche Hauptprojekte sind mit allen Details durchgearbeitet. Interessant ist zunächst ein Gruppenhaus für 4 Familien gedacht. Geschmackvolle Einfamilienhäuser im Landhausstil, Doppelhäuser, sowie zwei Wohnhäuser für gewerbliche Betriebe vervollständigen das Bild und erfreuen vor allem durch ihre zweckmäßigen Grundrisslösungen, bei welcher einer behaglichen Wohnlichkeit wie der praktischen Bauanordnung mit gleichem Erfolg Rechnung getragen ist. — In der historischen Abteilung sind die drei Hanseaten-Kreuze — Lübeck — Hamburg und Bremen — hinzugekommen und in der Kriegsbilder-Abteilung werden jetzt gerade eine Reihe von Originalaufnahmen aus den Stellungen des Regiments Lübeck zur Ansicht ausgestellt.

Eingänge. Kriegswednachten 1916 ist eine kleine Schrift herab, welche Pastor Denter und Redakteur Jacobi im Verlage der „Lübecker Nachrichten“ zum Preise von 15 Pfa. erscheinen lassen. Unseren sozialistischen Gedankengängen liegt ihr Inhalt weit fern, dafür bürgen schon die Namen der Herausgeber. Ein Kalenderium, die Bestimmungen über die Versorgungsansprüche sowie Fahrpläne der Militärurlaubskontingente sind eingeleitet. — „Kriegsgedichte und Feldmärchen an die Heimat“ gibt Hans Köhler im Verlag von Max Schmidt hierheraus heraus. Die Verse bewegen sich in dem bekannten patriotischen Geleise. Eine Stroche als Probe: Von Schönheit spricht dem Gauner nicht! Nicht früher leben wir der Ruh', Bis wir dem fälligen Ehrenlohn Die letzte Röhle schenken zu!

„Solche „Poetik“ bedarf keiner Kritik. Preis 50 Pfa.“

Hamburg. Milchverfälschung und kein Ende. Dem Milchhändler Ulbers wurde nachgewiesen, daß er große Milchpannschereien vorgenommen hat. Die sachverständige Untersuchung ergab: Bei einer der Proben waren 10 Liter Milch mit 8 1/2 Liter Wasser vermengt, die zweite Probe wies 7 bis 8 Liter Wasser auf 10 Liter Milch auf und die dritte Probe bestand sogar aus 10 Litern Milch und 15 Litern Wasser. Sodann begab sich ein Postbeamter in das Geschäft des R. zur Probeentnahme der von ihm feilgehaltenen Milch. Dabei fand er eine Milchkanne zweifelhaften Inhalts vor, den R. als Spülwasser bezeichnete, jedoch schien es dem Beamten, daß auch dieses Produkt als Milch verkauft werden sollte. Er beschlagnahmte das ganze Gefäß. Bei der Untersuchung stellte Dr. Mordfeld dann fest, daß es sich um eine Mischung von 10 Liter Milch und 27 Liter Wasser handelte, dem ein Farbstoff aus Rüben oder ähnlichem hinzugefügt war, um den Anschein zu erwecken, es sei Milch. Das Schöffengericht verurteilte den Bieremann zu 2 Monaten Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe.

Zehe. Beim Spiel verchüttet. Beim Spielen in den Süder Bergen wurde am Samstag nachmittag der 19jährige Sohn Emil des Zimmermanns Schaumann von abfallenden Erdmassen verchüttet und kam dabei zu Tode. In Begleitung des Knaben befanden sich drei ältere Knaben aus dem Stadtteil Süde, mit denen er am Fuhsberg eine Höhle gebaut hatte. Als die Höhle groß genug war, trock der Knabe Schaumann in diese hinein. Währenddessen lockerte sich das Erdreich und drohte zusammenzufallen. Die älteren Knaben machten ihren Spielgenossen durch lauten Ruf aufmerksam. Es war aber zu spät. Bevor der Kleine die Vertiefung von 1 1/2 Meter Länge und ebensolcher Breite wieder verlassen konnte, stürzten die Erdmassen des Sandberges zusammen und begruben den Knaben. Trotzdem die älteren Knaben und ein Postkaffner den Verchütteten alsbald wieder von den Erdmassen befreiten konnten, gelang es nicht, das Leben des Kleinen zu retten. Alle Wiederbelebungsversuche erwiesen sich erfolglos.

Schwerin. Hindenburgs Aufruf zur besseren Verjüngung der Schwerarbeiter mit Zeit findet, wie bürgerliche Blätter berichten, in der Landbevölkerung immer größeren Widerhall. So wurde im mecklenburgischen Kreise Parzhim unter den Landbewohnern eine einmalige freiwillige Sammlung veranstaltet, die 10 500 Eier, 11 Zentner Butter, gegen 3 Zentner Schmalz, 7 1/2 Zentner Speck, 4 1/2 Zentner Schinken, etwa 4 Zentner Wurst und einiges Wild erbrachte. Laut Beschluß der landwirtschaftlichen Distriktsvereine sind in ganz Mecklenburg Organisationen für die Sammeltätigkeit in Kreis- und Kommunalverbänden geschaffen worden. Eine ähnliche Organisation steht für die ganze Provinz Schleswig-Holstein bereit; die Landbevölkerung der gesamten Provinz soll in Landkreisen zu einer großen Organisation zwecks Lieferung für die Kriegsindustriewerker zusammengefaßt werden. Man kann heraus erfahren, daß auf dem Lande Vorräte vorhanden sind. Be-

zeichnend ist es, daß es erst einmal ganz besonders dringenden Maßnahmen bedurfte, um einen Teil davon den Schwerarbeitern zugänglich zu machen.

Neueste Nachrichten.

Wien, 5. Dezember. Die „Wiener Allg. Ztg.“ meldet aus Budapest: Der russische Ministerat brachte einen Gesetzentwurf ein, wonach das wehrpflichtige Alter auf 51 Jahre heraufgerückt wird.

London, 5. Dezember. Im englischen Unterhause wurde am Mittwoch ein Antrag eingebracht, dem Oberbefehlshaber der britischen Armee in Frankreich nahezu legen, während der Weihnachtstagen einen Waffenstillstand abzuschließen, um die Toten, welche auf dem Gelände zwischen den englischen und deutschen Grabgräben liegen, begraben zu können. Minister Foster antwortete im Namen der Regierung, daß diese nicht die Absicht habe, in dieser Richtung Schritte zu tun. Wenn der Oberbefehlshaber aber es für nötig erachte, so ließe es ihm dagegen frei, eine solche Maßnahme zu treffen.

New York, 5. Dezember. Das englische Parlamentsmitglied Trevelan richtete an Wilson einen offenen Brief, in dem er dessen Vermittlung verlangt. Alle Völker seien kriegsmüde. Amerika solle die Neutralen zur Umbahnung des Friedens unterstützen und wenn möglich, den ersten Schritt dazu tun.

Verantwortlich für „de Rubrik „Lübeck und Nachbargelände“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Nezer & Co. Schmidt in Lübeck.

Ihr Fragen und Mädchen! Unsere eiserne Zeit bedarf nicht des goldenen Schmuckes!

6098

Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Rindfleisch.

Auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August (17. Dezember) 1914 werden unter Aufhebung der früheren Höchstpreise für Rindfleisch folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) Suppenfleisch:

Breit	...	Mk. 2.10
Salt	...	
Schamm	...	
Querriese	...	
Beck	...	

b) Bratenfleisch:

Dünneleung	...	Mk. 2.60
Leber	...	
Steirisch	...	
Leber Rinde	...	
Wirdbraten mit eingemachten Knochen	...	

c) Fleisch ohne Knochen:

Beefsteak	...	Mk. 3.20
Roßfleisch	...	2.80
Schlach	...	2.70

d) Schmalz:

Put und ohne Fett	...	Mk. 2.50
-------------------	-----	----------

e) Knochen und Abfälle:

Kamlett	...	Mk. 1.20
Parthochen	...	1.20
Kinderknochen	...	0.10
Junge ohne Schlund und ohne Knochen	...	2.50
Milch und gelakt	...	1.50
Speck	...	1.50
Leber	...	2.00

Die vorstehenden Höchstpreise finden auf stündlich geschlachtetes Fleisch keine Anwendung. Uebertretungen der Höchstpreise werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark aber mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 4. Dezember 1916. (6097) Das Polizeiamt.

Schüsselbuden 18, I. Lübeck. Schüsselbuden 18, I.

Grundmann

Um den an mein Geschäft gestellten Anforderungen genügen zu können habe ich meine Geschäftsräume Schüsselbuden 18 nochmals vergrößert. Das Lager und die Auswahl in (6097)

Zigarren und Zigaretten

ist nun noch bedeutend größer und reichhaltiger. Meine großen Umfänge bei den denkbar mehr. Geschäftskund. bezeichnen meine konkurrenzlos billigen Preise.

Grundmann, Schüsselbuden 18, I. Tel. 418. Verl. Groß- u. Kleinverl. Post Braunsau. f. Wiederv. u. Priv.

Größer. Puppenwagen

aus erhalten. und fliegende Goldkinder zu kaufen genügt. Ana. u. M R an die Exp. (6088)

Gel. ein Bauhütchen u. ein gest. Herrenalter, mittl. Größe.

Angeb. mit Bier unter G S G an die Exped. d. Bl. (6106)

Zöpfe sowie Puppen-Perücken werden billig angefertigt.

(6089) Fremdenweg 28c. II.

Glasarbeiten

aller Art off. D. Fandnis, Glashandlg. 6000. Reichshauer Nr. 35. Fernr. 2808

Weck-Uhren

von 4.- an. Drahtringe, Wanduhren (6099) Rothernborer Str. 6 u. 2 R. an H. Schultz, od. Johann-Str. 2

Achtung!

Gummirollen (6106) Ein großer Vorrat A. A.-Seifenpulver wieder eingetroffen zum Hochpreis zu 60 P. Nur auf Seifenarten erhältlich. Ferner: Schmelzmittel, Fußwuschmittel 1.60 A. Seifenpulver „Diplomat“ 10 und 20 A. Seifenpulver Speckmann, Fadenburger über 35 P. n. Anstalt-Verlag, 17. u. d. Markt.

Knochenverkauf.

Donnerstag, 7. Dezember 1916. Nr. 6701 - 7000 u. 2-4 Uhr nachm. 6105 Paul Lohmann.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Umständehalber findet unsere Versammlung erst am 14. Dezember statt. (6103) Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

General-Versammlung am Donnerstag, d. 7. Dezember

abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 6095

1. Jahresberichte.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Erübrigung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.
5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.
6. Revisionsbericht.
7. Antrag der Verwaltung zum § 47, Absatz 9 des Statuts.

Legitimationskarten sind unbedingt vorzuzeigen. Der Aufsichtsrat, Rob. Waldhurger, Vorsitzender.

Die Bilanz liegt ab Donnerstag, dem 30. November in allen unseren Abgabestellen zur Einsicht der Genossen aus. Der Geschäftsbericht wird vom Montag, dem 4. Dezember ebenfalls in sämtlicher Warenabgabestellen an die Mitglieder verausgabt.

Der Vorstand.

„Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene“

Breite Straße 27. Schluß für Annahme von Paketen an Kriegsgefangene Freitag, d. 8. Dezember, mittags 1 Uhr. (6112)

Erinnerungsringe Vaterlandsdank.

Die Ringe kommen zur Ausgabe in der Gemeinnützigen Gesellschaft, Königsstraße Nr. 5, Nebeneingang Gartenhof, nachmittags von 4 1/2 - 7 1/2 Uhr für die Buchstaben A-D Freitag, d. 8. Dezember, für die Buchstaben E-J Sonnabend, d. 9. Dezember, für die Buchstaben K-N Montag, d. 11. Dezember, für die Buchstaben O-S Dienstag, d. 12. Dezember, für die Buchstaben T-Z Mittwoch, d. 13. Dezember. Nationaler Frauendienst.

Visitenkarten

liefert schnellstens Buchdruckererl Fr. Meyer & Co. Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, 7. Dezember abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Abrechnung, 2. Wahlen. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder eruchtet (6104) Die Ortsverwaltung.

Kriegsausstellung

Lübeck Colosseum Grimsford-allee.

Letzte Woche.

Täglich nachmittags 4 Uhr: Gr. Militär-Konzert. Mittwoch Kapelle Erich 162. Donnerstag Landsturmkapelle.

Hansa-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Großer Erfolg! Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren. Volksst. i. 4 Akt v. Ellen Kareen. Vorverk. bei Sager, Kohlmarkt u Theaterk. v. 10-11 u. ab 6 Uhr. Sonnabend, 9. Dez., nachm. 5 1/2 Uhr u. Sonntag, 10. Dez., 4 Uhr: D. Reise durch d. Märchenland Vorverk. nur an der Theaterkasse v. n. 10-11 u. ab 6 Uhr.

Stadttheater.

Mittwoch, d. 6. Dezember 1916 Zum 10. Male: Die Csárdástürstin Operette von E. Kálmán. Donnerstag, den 7. Dezbr. 1916 Tiefland. Oper von E. d'Albert. Freitag, den 8. Dezember 1916 Die Fledermaus. Operette von J. Strauss. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Schülerheim zu Lübeck.

Schüler und Schülerinnen, die Ohera 1917 ins Schülerheim aufgenommen werden wollen können sich verständig von 1 bis 1 Uhr beim Unterzeichneten im Seminargebäude, Ranzel Rehrig 24, anmelden. (6096) Dem Aufnahmegericht sind beizufügen: a) ein vom Bewerber selbst verfaßter und gezeichnete Lebenslauf, b) ein Geburts- oder Taufschein, c) die letzten Schulzeugnisse, d) eine Erklärung des Vaters oder Vormannes der Bewerber, daß die von ihm behauptete der letzteren während der Dauer der Ausbildung erforderlichen Mittel vorhanden sind, e) für nicht von hiesigen Rital-Kindern kommende, ein schriftliches Zeugnis, zu dem Formulare vom Unterzeichneten kostenlos zu entnehmen sind. (6096) Direktor Dr. Möbus.

Dorothea Martens geb. Burmester

im 76. Lebensjahre, tief bekränkt von den Jüngern. Heinrich Martens, Heinrich Martens und Frau geb. Pflanz. Lübeck, 5. Dezember 1916. Oberring 19. (6100) Die Trauerfeier findet am Donnerstag, 8. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, in der Gedächtnis-Beizeit statt.

Jugendausstellung

Freitag abends 8 1/2 Uhr: Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Kleine Dampfmaschine

für Kichen zu verkaufen. (6101) See-Deich 52. II.

Sei. Kaniel und Sohn

für 14-jähriges Mädchen. Nr. 5 P 45 an die Exp. (6102)



Ein neuer preussischer Wohnungsgesetzentwurf

Ist soeben dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Der wesentliche Unterschied zwischen diesem und dem früheren Entwurf vom Jahre 1913 ist die Einfügung eines neuen Artikels VI, der von der Bereitstellung staatlicher Mittel handelt. Nach § 1 dieses Artikels sollen zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit der Regierung 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, und zwar darf die Summe nur zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Bauvereinigungen verwendet werden. Bei den Kommissionsberatungen im Jahre 1913 war von der Linken ein ähnlicher Antrag gestellt, aber von der Mehrheit der Kommission und von der Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt worden. Die Regierung hat also ihre prinzipielle Haltung aufgegeben und die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung des Wohnungsbauwesens in Preußen anerkannt. Sie will noch weitergehen: sie hat auch die Bereitstellung besonderer staatlicher Mittel zur Uebernahme der Gewähr für zweite Hypotheken gemeinnütziger Bauvereine in Aussicht genommen und kündigt an, daß dem Landtage hierüber eine besondere Vorlage zugehen wird.

Im übrigen unterscheidet sich der neue Entwurf nicht wesentlich von dem des Jahres 1913. Artikel I und II handeln von der Bereitstellung von Baugelände und von dem Erlass haupolizeilicher Vorschriften. Es wird eine Reihe von Änderungen des Fluchtliniengesetzes angedeutet, die Amt und besonders darauf hinauslaufen, auf leichtere Weise Baugelände zu erschließen, namentlich um dem Bau von Mietskasernen Gehalt zu tun und den Kleinhäuserbau zu fördern. Die Regierung verspricht sich davon eine Senkung des Bodenpreises. Sie erstrebt die Möglichkeit, ein System von Hauptverkehrsstraßen, Nebenstraßen, Wohnstraßen usw. zu schaffen; außerdem beabsichtigt sie die Möglichkeit einer Ermäßigung der Anliegerbeiträge und die Aufhebung des sogenannten kommunalen Bauerbots, d. h. des Rechtes der Gemeinden, den Anbau an unvollendeten Straßen zu hindern.

Artikel III betrifft den Erlass von Wohnungsordnungen für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und Wohnungsordnungen obligatorisch für kleinere Gemeinden fakultativ vorgesehen. — Ein großer Fehler des Gesetzes ist es, daß über den Inhalt der Wohnungsordnungen keinerlei zwingende Vorschriften enthalten sind, der Entwurf bringt durchweg nur Kann-Vorschriften. Das gleiche gilt für die Wohnungsaufsicht; sie soll zwingender Natur nur für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern sein. Auch hier bleibt der Inhalt in das Belieben der Gemeinden gestellt. Ebenjowenig befriedigen die Vorschriften über die Unterbringung von Arbeitern. Hier ist der Polizei ein zu großer Spielraum eingeräumt.

Vorausichtlich wird die erste Lesung des neuen Entwurfs bereits in wenigen Tagen stattfinden. Die Kommission hat den Entwurf vom Jahre 1913 beraten hat.

Schwarze Listen gegen Arbeiter.

Das Unternehmertum läßt sich trotz Bürgerfrieden in seinen alten Kampfmethoden zur Vernichtung der wirtschaftlichen Erstleistung ihm unbequemer Arbeiter nicht lösen. Zu den verwerflichsten Mitteln dieser Art gehören die schwarzen Listen, die auch trotz Krieg zur Verfolgung der Arbeiter dienen müssen, wie das folgende Beispiel zeigt: Der Verband Thüringer Metallindustrieller in Erfurt — Verband im Gesamtverband deutscher Metallindustrieller — hat am 11. Oktober 1916 das folgende Schreiben an die Mitglieder des Verbandes Thüringer Metallindustrieller gerichtet:

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.
39. Fortsetzung.
„Weshalb kommst du am nächsten Tage nicht zur Arbeit mit Mitren?“
„Weil ich Lust zum Spazieren gehen hatte!“
„Woher bist du denn gegangen?“
„In verschiedene Orte!“
„Weshalb kommst du vor Duschkin?“
„Weil er mich so sehr erschreckt hatte!“
„Womit?“
„Daß man mich verhören könnte!“
„Wie konntest du davor erschrecken, wenn du dir keiner Sünde bewußt bist?“
„Man glaube, Zosimow, oder glaube mir nicht, die Fragen waren gestellt worden, hauptsächlich in diesen Ausdrücken; ich weiß es genau, man hat sie mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt. Was sagst du nun dazu?“
„Nur, daß noch keine Ueberführung vorliegt.“
„Ich spreche jetzt nicht von der Ueberführung, sondern von den Fragen, davon, wie sie seine ganze Lage aufgefaßt haben! Zum Teufel! Sie haben ihn niedergedrückt, ganz und gar in die Enge getrieben, und er hat sich selbst bestraft, er hat dann gesagt, daß er nicht auf dem Gefängnis, sondern auf dem Vorplatz jene Gegenstände gefunden habe, auf welchem er mit Mitren arbeitete.“
„Wie ging denn das zu?“ hat man nun gefragt.
„Nun, wir hatten hier zusammen den ganzen Tag bis acht Uhr gearbeitet und wollten dann heimgehen, da ergreift Mitren den Pinsel und bemalt mir Farbe ins Gesicht; er tat es und nahm dann Reißaus, ich aber war hinter ihm her und schrie aus voller Kehle. Als ich aber von der Treppe auf den Flur kam, lief ich in vollem Schuß auf den Hausmann und einige Herren auf, wovon es waren, weiß ich nicht mehr; der Hausmann begann auf mich zu schreien, der andere Hausmann auch, dann kam die Frau des einen Hausmanns und schalt ebenfalls, ein Herr mit einer Dame, welcher auf dem Flur hereinkam, begann zu tanzen, weil wir, Mitka und ich mitten im Wege lagen; ich hatte Mitka an den Haaren gepackt, schüttelte ihn und bearbeitete ihn mit meinen Fäusten, aber nicht im Ernst, sondern in voller Freude, als Scherz. Dann eilte Mitka auf die Straße hinaus und ließ dort, ich immer noch hinter ihm her, doch konnte ich ihn nicht einholen, und lehrte daher allein nach unserem Saal zurück, welcher fertig werden mußte.“
„Du wartest, ob Mitren zurückkommen würde und tröst dich durch die Tür in den Flur, an die Wand in den Winkel, hinter der Türeinfassung. Ich schaue vor mich hin — da liegt etwas in Papier gewickelt. Ich hob das Papier auf, ich sah Kreuzen darin, es waren Ohrringe in dem Pafel.“

„Streng vertraulich!“
Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß bei der Firma (folgt Name und Ort) eine Arbeiterbewegung stattgefunden hat, die am 9. ds. Mts. durch die in . . . bestehende Lohnkonferenz beigelegt wurde, insofern als seitens dieser Konferenz die von der Firma gezahlten Löhne als durchaus auskömmlich und den ortsüblichen Verhältnissen entsprechend anerkannt wurden. Lediglich die nachfolgenden sieben Mann blieben auf ihren Forderungen bestehen und hielten ihre ungerechte Kündigung aufrecht.“
Es folgen dann die Namen der sieben Arbeiter unter genauer Angabe der Branche, in der sie beschäftigt waren, nebst Geburtsjahr und -tag und Geburtsort. Der Schluß des Schreibens lautet:

„Wir bitten Sie, von einer Einstellung der genannten Arbeiter, von denen (folgt Name) nach Angabe der Firma der Hädelsführer sein soll, absehen zu wollen, zumal ihnen seitens der Firma der Kriegesheim verweigert werden muß.“

Wir wissen nicht, ob bei der „Lohnkonferenz“ auch Arbeiter mitgewirkt haben und ob die jetzigen Verhältnisse nicht bei dem als „auskömmlich“ und „ortsüblich“ erachteten Lohn (der Fall spielt in Göttingen) in Berücksichtigung gezogen worden sind. Aber das ist Nebensache. Als unerhört muß es vielmehr bezeichnet werden, daß Arbeiter, die vollkommen ordnungsgemäß ihre Kündigung eingereicht haben, und sie nur darum aufrecht erhalten, weil sie über die von ihnen als berechtigt erachteten Lohnforderungen anderer Ansicht als der betreffende Unternehmer sind, die also ein durchaus gesetzmäßiges Verhalten beobachteten, mit Hilfe der schwarzen Listen verfolgt und sie und ihre Familien der wirtschaftlichen Vernichtung überliefert werden sollen.

Aus der Partei.

Wie auf Snowden. Der englische sozialistische Arbeiterführer Philipp Snowden, Vertreter von Blackburn, hat gegenwärtig von Handman, Burgh und den übrigen Mitgliedern der Nationalen sozialistischen Partei viel zu leiden. So ist Burgh nicht mehr als sein Gegenkandidat auf und sammelt zu diesem Zweck Geld bei Konservativen und Liberalen. Der „Glasgower „Forward“ hat von dieser Geldbetrieblen Wind bekommen und klagte Burgh an, daß er mit „Lohn-Geld“ seinen Kampf gegen Snowden führen wolle. Burgh hat es unter diesen Umständen für angezeigt, seine unerlaubten Machenschaften einzugehen. In der „Justice“ vom 23. November 1916 schreibt er witzig: „Um Hilfe für meinen Wahlkampf zu erhalten, habe ich mich an meine schottischen Freunde, die ich als Pro-Militäre kenne, brieflich gewandt. Einige von ihnen sind konservativ, einige sind liberal und einer ist sozialistisch. . . . Ich fahre nach Blackburn als sozialistischer Kandidat und ich werde an alle Wähler appellieren, mögen sie konservativ oder liberal sein, wenn sie nur meine Ansicht teilen, daß Snowdens Tätigkeit den Erfolg unserer Waffen in diesem Kriege schädigt.“ Soweit hat es der Kriegsanatismus in England gebracht, daß ein Mann wie Burgh um konservativ und liberale Hilfe aufsucht, um Philipp Snowden bei allen nächsten Wahlen zu schlagen, um die einzige sozialistische Partei im englischen Parlament zu erklären.

Gewerkschaftsbewegung.

Weibliche Sozialarbeiter. Man schreibt aus Neustadt a. S.: Die Zeit des Goldjubiläums soll beginnen, aber überall mangelt es an männlichen Arbeitskräften. Nun sollen erwachsene Mädchen und Frauen hierzu herangezogen werden. Weil aber die Befehlsbehörde den Vorschlag, daß die Arbeiterinnen Männerkleidung tragen sollen.

Aus Nah und Fern.

Verleumdung des Eisenbahnunglücks bei Budapest. Bei dem jüngsten Eisenbahnunglück in Ungarn wurde mit 64 anderen Reisenden auch der Zivilablatris für Serbien, Sektionschef

von Thalloczay, getötet. Wiener Blätter berichten, daß die dreiviertelstündige Verspätung des Wiener Schnellzuges dadurch verschuldet war, daß man so lange auf Herrn von Thalloczay gewartet hatte. Aus Interviews der vom Begräbnis Kaiser Franz Josephs zurückkehrenden ungarischen Minister ergibt sich ferner, daß Thalloczay aus Besorgnis, den Anschlusszug nach Belgrad zu verpassen, den Lokomotivführer zu Cille antrieb und daß der Zug geteilt und der eine Teil unterwegs zurückgehalten wurde, um den anderen Zugteil vorbeizulassen. So vergrößerte sich noch die Verspätung des Zuges und es kam überhaupt durch das Drängen Unteroffizier nach Einholung der Verspätung zu der Katastrophe. Der Untersuchungsrichter hat den Lokomotivführer des Wiener Schnellzuges in Verantwortunghaft genommen. Es wäre in der Tat sehr zu wünschen, daß jeder Verdunkelung des Tatbestandes vorgebeugt würde. Der getötete Sektionschef (Ministerialdirektor) von Thalloczay soll die Aufzeichnungen des früheren österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szegoczay-Marisch, bei sich gehabt haben; sie sollen verschwinden sein.

Neue Explosion in einer Petersburger Munitionsfabrik? Dem „Ajetich“ zufolge erfolgte eine neue Explosion in Petersburg in der Munitionsfabrik auf der Kasatannaja. Die Ursache, schreibt das Blatt, ist unbekannt. Im Augenblick der Katastrophe waren in der Fabrik etwa 1000 Personen tätig, die wahrlich einlich alle ums Leben gekommen sind. Die Munitionsfabrik ist total zerstört. Die Erschütterung war so stark, daß der Knall in ganz Petersburg gehört wurde.

Die Explosion in Archangelsk. Der Handelsattaché der russischen Botschaft in Washington zeigte auf dem Handelspolizeibureau an, daß die Explosion im Hafen von Archangelsk durch Bomben verursacht worden sei, die in der Ladung eines Schiffes verborgen waren, ehe dieses Amerika verließ. Ein gewisser Samuel Gatter in Brooklyn wurde unter der Beschuldigung verhaftet, in die Angelegenheit verwickelt zu sein.

Ueberschwemmungen in Spanien. Nach einem Telegramm der „Humanite“ aus Madrid sind in der Gegend von Valenzia Ueberschwemmungen eingetreten, die sich auf ein Gebiet von 200 Quadratkilometern erstreckt. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die Orangeneente soll fast vollkommen vernichtet sein. Ein Hilfszug traf in Alcira ein, das mehrere Tage ohne Verbindung und ohne Licht geblieben war. Unter der Bevölkerung war bereits eine Hungersnot ausgebrochen.

Schiffsunfälle. Der Kanar „Novelliste“ erfährt aus Cadix, daß der portugiesische Dampfer „El Sadofoago“ unweit Gibraltar mit dem italienischen Dampfer „Amelia Campiti“ zusammenstieß. Der italienische Dampfer sank. Kapitän und 12 Mann der Besatzung ertranken. Beide Schiffe waren mit Kohlen beladen und auf der Fahrt nach Italien. „Amelia Campiti“ fuhr im Augenblick des Zusammenstoßes mit äußerster Geschwindigkeit, da sie von einem Unterseeboot verfolgt wurde.

Literarisches.

Wie alljährlich zum Weihnachtsfest so bringt auch diesmal der Verlag von J. H. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ein Geschenkbüchlein für die reifere Jugend auf den Büchermarkt. Der Gerolf Albert Rudolph hat seine Jugenderinnerungen unter dem Titel: „Wie ich klüger wurde, für die heranwachsende Arbeiterjugend zusammengefaßt. Der Werdegang eines Arbeiters wird hier in schöner, musterwürdiger Weise dargestellt und dürfte ein recht willkommenes Weihnachtsgeschenk sein. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 1.10 Mk. Wie der Verlag mitteilt, mußte ein Preisaufschlag für das Binden stattfinden wegen starker Steigerung der Buchbinderkosten. Mit dem vorliegenden Bändchen ist bereits die zwanzigste Nummer der Jugendschriften im Dieck'schen Verlag erschienen, alle zu dem Einheitspreis von je 1.10 Mk. Es ist demnach auch hier Auswahl genug für Weihnachtsgeschenke vorhanden. — Wir können diese Jugendschriften um so mehr empfehlen, da sie in der Presse durchaus anerkennend besprochen worden sind.

„Hinter der Tür? Hinter der Tür lag es? Hinter der Tür?“
„Ist nicht plötzlich Rasumichin, mit stumpfen, erschreckten Blick Rasumichin anstarrend und erhob sich schwerfällig, mit der Hand gestützt, auf das Sofa.“
„Ja, aber was willst du? Was ist mit dir? Warum bist du so sonderbar?“ Rasumichin war ebenfalls von seinem Platz aufgesprungen.
„Nichts“, antwortete kaum hörbar Rasumichin, sich wieder in die Kissen sinken lassend und von neuem der Wand zugedreht. „Alle waren ein Moment lang wortlos.“
„Er mag geträumt haben“, hub endlich Rasumichin an, fragend auf Zosimow blickend; dieser gab ein leises, verneinendes Zeichen mit dem Kopfe.
„Nun, fahr fort“, sagte er laut, „was geschah nun?“
„Was nun geschah? Kaum hatte er die Ohrringe erblüht, als er auch schon die ganze Wohnung sowie Mitka vergaß, keinen Hut nahm und zu Duschkin eilte, von diesem aber den bekannten Arbeit empfing, ihm vorlog, daß er das Päckchen auf dem Gefängnis gefunden habe und dann sich auf eine Bierreise begab. Bezüglich des Päckchens behauptet er immer dasselbe, „er wisse vor gar nichts, und habe erst am dritten Tag darauf etwas erfahren.“
„Aber weshalb hast du dich dann nicht mehr hinter die Tür?“
„Wie du willst.“
„Du wolltest dich aufhängen, weshalb?“
„Wegen eines Gedanken.“
„Wegen welches denn?“
„Daß man mich gerichtlich ins Verhör nähme.“ —
„Dies ist die ganze Geschichte; wie denkst du darüber, was sich hieraus folgern läßt?“
„Was soll man da denken; es ist eine Fährte wie gewöhnlich.“ Ein Faktum! Man läßt den Waker nicht auf freier Fuß?“
„Man hat ihn jetzt direkt für den Mörder erklärt; sie sind sich gar nicht mehr im Zweifel darüber.“
„Du wirst ja schon wieder heftig. Aber die Ohrringe? Du mußt selbst zugestehen, daß wenn die Ohrringe gerade an diesem Tage und zu dieser Stunde aus dem Rastge der Alten in Mitkalan's Besitz kamen, — du wirst selbst zugestehen müssen, daß sie doch irgendwie an jene Stelle gekommen sein müssen? Dies ist nicht unwichtig bei solcher Frage!“
„Wie sie an diese Stelle gekommen sind! Wie?“
„Jähre Rasumichin, solltest du, ein Arzt, du, welcher mehr als jeder andere verpflichtet ist, den Menschen zu ergründen und Gelegenheit hat, leichter als jeder andere, die menschliche Natur zu erfassen — solltest du nicht ersehen, aus all diesen Angaben, was hier für eine Natur vorliegt, in diesem Nikolaj? Solltest du nicht sehen, vom ersten Augenblick an, daß alles, was er bei dem Verhör ausgegagt hat, die lautere Wahrheit ist? Ganz gewiß ist ihm das Päckchen so in die Hände geraten, wie er es erklärt hat. Er trat darauf und hat es aufgehoben!“

„Die lautere Wahrheit! Und doch sagtest du, daß er anfangs gelogen hat!“
„Höre mich, höre mich aufmerksam an! Sowohl der Hausmann, wie Koch, Pestjakow und der zweite Hausmann, das Weib des ersten, die Frau, welche bei dieser Zeit in der Hausmannsstube saß, als auch der Hofrat Krjukow, der im selben Augenblick die Drohke verlassend in den Torweg trat, die Dame am Arm — sie alle, also acht oder zehn Zeugen haben übereinstimmend ausgesagt, daß Nikolaj den Dmitry auf der Erde gewürgt hat, auf ihm gelegen, ihn geprügelt, jener aber ihn an den Haaren gezerrt und ebenfalls geprügelt hat! Sie haben mitten im Torweg gelegen und die Passage behindert; man hat sie von allen Seiten gescholten, und sie „wie kleine Jungen“, das ist der mütterliche Ausdruck der Zeugen, haben aufeinander gelegen; sie schrien, rauchten und lachten dabei; beide haben laut und frei gelacht mit den lustigsten Grimassen, der eine hat den andern verfolgt wie es Kinder tun, auf die Straße hinaus sogar! Hast du verstanden? Und nun überlege dir! Die Leichname oben sind noch warm gewesen, hörst du, noch warm, als man sie fand! Wenn beide sie zermordet, oder auch nur allein Nikolaj der Täter war, und hätten bei dieser Gelegenheit die Schränke mit eisenen Beschloß geöffnet werden müssen, oder hätten sie sich in den Raum geteilt, so will ich dir nur eine Frage vorlegen: Ist es wohl der menschlichen Natur möglich, im Torweg zu schreien, zu lachen, kindisch zu rauchen — und zugleich mit Blutergüssen, kindlicher Hinterlist und berechneter Beraubung umzugehen? Wenn sie die Mörder wären, so sollten sie nur fünf Minuten später — dies geht daraus hervor, daß die Körper noch warm waren — plötzlich diese letzteren verlassen und die offene Wohnung, wohl wissend, daß jeden Augenblick Menschen kommen können, ihre Beute im Stich lassend und wie Kinder sich auf dem Wege herumwälzen und lachen und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wofür doch zehn Zeugen einsehen?“
„Gewiß, es ist seltsam; ja wirklich unmöglich, aber“ —
„Nein, Bruder, kein „aber“, wenn die Ohrringe an jenem Tage und zu jener Stunde in Nikolaj's Hände gekommen sind, so stellt man dies als einen wichtigen tatsächlichen Beweis gegen diesen hin, obgleich Erklärungen gegeben worden sind — man muß doch die Rechtfertigungsgründe in Erwägung ziehen; um so schärfer freilich, wenn die Tatsachen unüberlegbar sprechen. Aber wir denkst du darüber, wird man bei dem Charakter unserer Jurisprudenz imstande sein, ein solches Faktum anzuerkennen, welches einzig nur gestützt ist auf eine psychologische Unmöglichkeit, auf einen nicht abzuweisenden Umstand, der alle anklagenden Momente, welche sie auch sein mögen, zunichte macht? Nein, sie werden es nicht tun, schon deshalb nicht, weil das Päckchen gefunden worden, und der Mann sich hängen wollte, was doch nimmermehr der Fall sein konnte, wenn er sich nicht schuldig gefühlt hätte. Dies ist die Hauptfrage und sie bringt mich in Erregung! Ueberlege nur!“ (Fortsetzung folgt.)

Die verkannte Landleberwurst

Da schlag aber einer lang hin!

Eine heitere Geschichte aus trauriger Zeit.

Kathaus in L., einer größeren Stadt des Westens. Zimmer des Beigeordneten N., der dem schwierigen Amt der Lebensmittelversorgung vorliegt...

Am andern Tage um 10 Uhr früh ist die Lebensmittelkommission im Rathaus von L. versammelt. Sie tagt unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters...

Der Herr Beigeordnete schreibt etwas auf ein Zettelchen und schickt dieses seinem Sekretär zu. Das hat zur Folge, daß der Sekretär hinausgeht und bald darauf zurückkommt...

Die Frauen und Entschieden ergreift auch die Mitglieder der Lebensmittelkommission. Man sieht es zwar nicht, aber man fühlt es wie ihnen das Wasser im Munde zusammenfließen...

Der Herr Oberbürgermeister findet zuerst die Sprache wieder. Wie eine schwache Erinnerung an längst vergangene Zeiten und kaum noch gekannte Dinge hört sich's an...

Der Beigeordnete, der hier, wenn auch nicht als den Erstgeborenen, doch als den Erben des niedergehenden Erzeugnisses in prima Handlung tritt...

Das willt einigermaßen niederschlagend. Das Mundwasser verfliehet sich wieder, die stählige Kette der Ueberrückung und Erwartung geht wieder in die gewohnte Geschäftszweige über...

Als erster äußert sich, wie das dem Hausmann zukommt, der Obermeister der Metzgerei: „Hm, hm! Ganz gut, aber den Geschmack hat man doch nicht ganz weggefrüht!“

Ein anderer Mitglied, Agent in Lebensmitteln, in schon etwas kritischer: „Na ja, aber ich weiß nicht — der Müschelgeruch ist ziemlich greifbar!“

Ein dritter Sachverständiger äußert sich kurz aber entschieden: „Müschelgeruch bleibt Müschelgeruch!“

Die meisten Mitglieder bezeichnen das Erzeugnis als Fettfleisch mit mehr oder weniger warmen Ausdrücken der Kritik: „Gut, ich bin gut, ausgezeichnet, großartig!“

Ein augeräumtes ist aber das Lebensmittelkommissionenmitglied Stadtratsherr Scherich. Ganz Anerkennung, ganz Bewunderung, ganz Verständnis. „Schönen, Herr Oberbürgermeister, schenken!“

„Wieviel meinen Sie denn?“ fragt der Oberbürgermeister. „Vierhundert 500 Pfund mindestens.“ — „Mehr, Herr Oberbürgermeister, viel mehr! 500 Tonnen — ich meine Tausend die Woche.“

Der Oberbürgermeister stimmt ihm zu — das heißt, den Stand, nicht den Tonnen.

Der erste Sachverständige, der auch etwas sagen zu müssen glaubt, sagt hier: „Aber in Metzgereien, wie die Probe.“ — was ebenfalls gut gefaßt wird.

Frank im Hause des Stadtratsherrn Scherich. Kamelend des Chefs Scherich. Frau Scherich, geheimnisvoll: „Männchen, ich wollte mir doch eine Leberwurst zubereiten.“

„Das kann aber auch nur die sein!“ — war der Gedanke des Stadtratsherrn Scherich. „Na, liebe Frau, wenn Sie wissen, wie unterrichtig Sie sind. Diese einzigen Sätze, die Sie hören, sind die Willkommensgrüße. Und auf meinen Namen steht die Hausarbeit.“

Scherich selbst ist in immer größerer Not. Bis jetzt hat er in dieser Sache keine Hilfe erhalten. Er hat die Sache nicht, sondern sich zu, daß die Frau widersteht. Er ist im Regen von anderen verurteilt. Er ist im Regen.

Am 1. Dezember 1916 waren nach der Volkszählung in Deutschland 64 925 993 (gegen 60 641 489 am 1. Dezember 1905) Personen vorhanden.

geschlagen. Erst einer förmlichen Belagerung gelang die Eroberung nach tagelangen Heranarbeiten ganz im Stillen unterer Vorgehens bei Verdun, d. h. mit Schützengräben, Sappen und Schützengruppen, mit Sandfackel-Brustwehren, Sturmleitern, Einziehungs- und Wirkungsfelder. Endlich dringen die Sieger über den inneren der drei konzentrischen, von den ungeheuer festen Lukenumwallungen eingeschlossenen Leinwandring hinweg in den massiv gebauten Wohnbau der ganzen Anlage.

Volkszählung.

Table with 2 columns: unter 12 Jahren, 12 bis unter 14 Jahren, 14 bis unter 18 Jahren, 18 Jahre und darüber. Rows for männlich and weiblich.

In den ersten Altersstufen übertrifft das männliche Geschlecht zahlenmäßig das weibliche. Das ändert sich allmählich, denn ständig vom 21. Lebensjahre an wird das Verhältnis ein umgekehrtes.

Table with 2 columns: männlich, weiblich. Rows for age groups from 1865-1861 to 1810 and earlier than 1810.

Da die Gesamtzahl der Bevölkerung im Jahre 1900 mit 56 867 178 verzeichnet wurde, beträgt der Zuwachs bis 1910 rund 8 1/2 Millionen.

Das Alter.

In der neuesten Nummer des „Simplizissimus“ lesen wir die folgende Skizze von Hans Reimann:

Das Alter. Personen:

Der gutgelunte Vorgesetzte. Der wie auf den Kopf gefallene Bewerber. Der Vorgesetzte läßt den Bewerber eintreten und ersucht ihn, Platz zu greifen. Es entspinnt sich eine Unterredung, die auf einem gewissen halbtoten Punkt stehenbleibt.

Die Mitschuldigen.

Sie saßen im Wirtschaftsausschuß beisammen und sprachen von den hohen Preisen und wie es jetzt schwer wäre, die notwendigen Dinge zum täglichen Lebensunterhalt zu bekommen.

„Die großen Händler“, sagte der Hausherr. „Die Erzeuger“, plauderte der kleine Fabrikant aus der Schule.

„Die Regierung“, behauptete der Uhrmacher. Nur der Fremde, den der Zufall des Platzmangels an diesen Wirtschaftsausschuß geleitet hatte, schweig.

„Über diese Rede waren der Tapeziermeister, der Hausherr, der kleine Fabrikant und der Uhrmacher so sehr entrüstet, daß sie gewöhnlich nur ein abweisendes „Oho“ ausstießen konnten.“

„So leidt kommen Sie uns nicht aus“, drohte der Hausherr. „Wir sollen schuld sein, wiederholte der Tapeziermeister, noch immer teilungslos über diese Behauptung.“

„Glad ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

„Jetzt ein recht“, entgegnete dieser. „Sie haben mir ja jetzt die Beweise geliefert. Ihr gebildetes Kälbernes, der Lappenhund, die Eiermaden.“

Die Wirtschaftsausschuß haben sich überaus an. Aber ehe sie noch etwas erwidern konnten, fuhr schon der Fremde zu sprechen fort.

„Gut ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

„Gut ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

„Gut ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

„Gut ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

„Gut ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

„Gut ist uns gestern gungen. Glauben Sie, meine Tochter hat einen Lappen wo kriegen können.“

Kleines Feuilleton

Ständliche Festungen der Eingeborenen im Bereich unterer Ostafrika gleichen in ihrer einfachen Form, der Länge, einem oder zwei Meter haben, drei Meter langen Haus in der Form eines gewöhnlichen Osterwagens.

Der Bewerber gänzlich verwirrt: „O ja!“

„Fun also. — Sie sind dreißig gewesen, sind einunddreißig, werden zweiunddreißig und feiern in Kürze den dreiunddreißigsten Geburtstag.“

2. verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Krenz & Co. Gumbach in Baden.